

VORSCHLAG DER VOLKSHILFE ÖSTERREICH

ERICH FENNINGER: „WIR BRAUCHEN EINE MINDESTSICHERUNG NEU, DIE DIESEN NAMEN VERDIENET“

Das im Frühjahr 2019 beschlossene Grundsatzgesetz der Sozialhilfe neu hat Armutsbekämpfung nicht mehr als ausgewiesenes Ziel. Es trägt zu einer Verfestigung von Armut bei. Eine umfassende Armutsbekämpfung muss jedoch darauf abzielen, Menschen eine echte Absicherung zu garantieren und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

2018 wurden nicht einmal 1% aller Sozialausgaben für die Mindestsicherung aufgebracht. Menschen aus dem Mindestsicherungsbezug zu drängen, weil man ihnen unterstellt, nicht arbeiten zu wollen, zeugt von mangelnder Sachkenntnis und ist keine faktenbasierte Politik: Denn annähernd sechs von zehn Menschen in der Mindestsicherung kommen für Erwerbsarbeit nicht infrage. Sie sind entweder zu jung, zu alt, noch in Ausbildung, nicht (mehr) arbeitsfähig, betreuen Kinder oder pflegen Angehörige. Auf diese Menschen den Druck zu erhöhen, ist eine gefährliche Entwicklung, die den sozialen Zusammenhalt in Frage stellt.

Was gehört in ein gutes Regierungsprogramm?

Das Grundsatzgesetz der Sozialhilfe neu gehört restlos entsorgt. Eine neue Regierung muss ein System schaffen, das die Kürzungen bei Kindern, Alleinerziehenden, mehrköpfige Familien, Menschen mit Beeinträchtigung oder mit geringen Deutschkenntnissen und den Ausschluss von subsidiär Schutzberechtigten beendet. Und für die betroffenen Menschen eine Mindestsicherung neu entwickelt, die vor Ausgrenzung schützt und Ängste nimmt, statt neue zu schaffen.

Eine alltägliche Geschichte aus Niederösterreich

Das bereits beschlossene Sozialhilfegesetz in Niederösterreich zeigt, dass Paare, die mit Kindern in einem Haushalt leben, bereits ab dem ersten Kind Verluste gegenüber dem alten Mindestsicherungsmodell haben. Bisher erhielt diese dreiköpfige Familie 1532 Euro im Monat, künftig sind es um 71 Euro weniger. Bei zwei Kindern macht der Verlust 142 Euro monatlich aus, bei drei Kindern 301 Euro. Das bedeutet kein Ausflug am Wochenende, kein Eintritt ins Hallenbad, keine Nachhilfe und in Summe weniger Chancen für die Kinder. Das gilt es für die neue Regierung zu ändern.

Für Rückfragen

Erwin Berger, 0676 83 402 215, erwin.berger@volkshilfe.at
Österreich, Auerspergstraße 4, 1010 Wien

Volkshilfe

Wien, 12. November 2019